



Allgemeines

Alle Bauvorhaben

Aufgrabungen in öffentlichen Strassen
Grabentarif

11.12

Aufgrabungen in öffentlichen Strassen

GRABENTARIF



Inhalt

1.	ANWENDUNG	3
2.	GRUNDSÄTZE	3
3.	AUFGRABUNGEN	3
4.	STRASSENINSTANDSTELLUNG	4
5.	VERRECHNUNG	5



1. ANWENDUNG

Angewendet wird die vorliegende Richtlinie bei Aufgrabungen in öffentlichen Strassen durch Werkeigentümer (Tiefbauamt/Entwässerung, Stadtwerk Technik Gas und Wasser, Stadtwerk Technik Elektrizität, Swisscom, UPC, Private, etc.), wenn keine Gesamterneuerung der Strasse durch den Strasseneigentümer erfolgt.

2. GRUNDSÄTZE

Die Werkeigentümer sind für die Erstellung ihrer Anlagen, für die Instandstellung der Verkehrswege und deren Anlagen sowie für den Betrieb der Baustelle kostenpflichtig.

Nach Möglichkeit werden Aufwendungen Dritter (Signalisation, Baustellenlichtsignale, Verkehrsumleitungen, etc.) direkt durch dem Verursachendem verrechnet.

Ein prozentualer Zuschlag für Minderwert (Entwertung des Strassenoberbaues) wird nicht verrechnet.

3. AUFGRABUNGEN

3.1 Administration

3.1a Vorbereitung

Der Zeitpunkt der Ausführung der Bauarbeiten muss von den Werkeigentümern im Rahmen der monatlichen Strassenbaustellen-Koordination abgesprochen werden.

Bei Kleinbaustellen erfolgt die Absprache direkt mit der Abteilung Verkehr des Tiefbauamts.

3.1b Anzeige

Mindestens 30 Tage vor Beginn der Aufgrabung ist beim Aufgrabungskontrolleur der Abteilung Strasseninspektorat das Formular 'Aufgrabungsanzeige' mit den dazugehörigen Plänen und Erläuterungen einzureichen.

3.1c Baubeginn

Über den Beginn der Aufgrabungsarbeiten haben die Werkeigentümer den Aufgrabungskontrolleur der Abteilung Strasseninspektorat mindestens drei Arbeitstage im Voraus zu benachrichtigen.

Bei dringenden Aufbrüchen infolge Leitungsschäden ist bald möglichst mit dem Aufgrabungskontrolleur der Abteilung Strasseninspektorat telefonisch Kontakt aufzunehmen. Das Formular 'Aufgrabungsanzeige' mit den dazugehörigen Plänen und Erläuterungen sind umgehend nachzureichen.

3.1d Bauleitung

Die Werkeigentümer nennen in allen Fällen einen verantwortlichen Bauleiter, welcher den massgebenden Abteilungen des Tiefbauamts (Projekte, Strasseninspektorat, Verkehr) bekannt sein muss. Der Bauleiter ist gehalten, die Weisungen der Organe des Tiefbauamts zu befolgen und die Ausführung dieser Anweisungen zu überwachen.

3.1e Abschluss der Grabarbeiten

Den Abschluss der Grabarbeiten haben die Werkeigentümer dem Aufgrabungskontrolleur der Abteilung Strasseninspektorat in der Regel drei Tage im Voraus mitzuteilen.



4. STRASSENINSTANDSTELLUNG

4.1 Provisorische Beläge

In folgenden Fällen kann bis zum definitiven Belagseinbau vorgängig ein Provisorium zu Lasten des Werkeigentümers erstellt werden:

- Setzungsgefahr
- Verkehrstechnische Gründe
- Witterungsverhältnisse
- Etappierungen

Muss der Belagseinbau ausserhalb der normalen Arbeitszeiten erfolgen, oder wird der Aufgrabungskontrolleur des Strasseninspektorates zu spät benachrichtigt, so dass der Einbau nicht mehr innert nützlicher Frist organisiert werden kann, ist der Werkeigentümer verpflichtet, für eine provisorische Instandstellung zu seinen Lasten selbst zu sorgen.

Nach Absprache mit dem Aufgrabungskontrolleur der Abteilung Strasseninspektorat einzubauende Provisorien:

- Asphaltbetontragschicht (AC T)
- Kaltbelag

4.2 Instandstellung

Die wichtigsten Regeln sind in der Richtlinie 53.13 zusammengefasst.

4.2a Ausführung

Die Strasseninstandstellung erfolgt durch die Abteilung Strasseninspektorat oder durch eine von der Abteilung Strasseninspektorat beauftragte Strassenbau-Unternehmung.

4.2b Belagsstärken

Das Tiefbauamt hat Anspruch auf einen der Dicke des entfernten Belages entsprechenden Belagsaufbau jedoch mindestens der Richtlinie 53.11 entsprechend.

Bei besonderen Verhältnissen im bestehenden Belagsaufbau, wie z.B. Schottertränkungen, über- oder unterdimensionierte Belagsdicken etc., sind die Anordnungen des Aufgrabungskontrolleurs der Abteilung Strasseninspektorat verbindlich.

4.2c Bestimmung der Einbaufläche

Der Belagseinbau hat in grösseren, rechteckigen Flächen, nötigenfalls bis zur ganzen Fahrbahn- oder Gehwegbreite zu erfolgen.

4.2d Instandstellungsbreiten

Für die Instandstellung des Strassenoberbaus ist die Norm 640 535 mit nachfolgenden Änderungen und Ergänzungen massgebend.

Folgende minimale Instandstellungsbreiten sind zu berücksichtigen:

- Bei Walzasphalt in Fahrbahnen ⇒ Breite \geq 85 cm (Walzenbreite 80 cm)
- Bei Walzasphalt in Rad- und Gehweg ⇒ Breite \geq 65 cm (Walzenbreite 60 cm)
- Bei Betonstrassen oder -unterlagen ⇒ Breite je nach Situation



4.2e Nachschneiden

Die minimale, durch Aushubarbeiten gestörte Breite im bestehenden Oberbau beträgt in der Regel 20-25 cm pro Grabenseite. Dementsprechend wird der Grabenrand für den Belagseinbau vor der Instandstellung festgelegt und angeschnitten. In der Fahrbahn beträgt die Überlappung der Deckschicht gegenüber der Tragschicht je Seite mindestens 10 cm.

4.2f Restflächen

Belags-Restflächen (nach dem theoretischen Nachschneiden) mit Breiten < 50 cm sind zu entfernen und werden zu Lasten des Werkeigentümers ersetzt.

5. VERRECHNUNG

5.1 Bei Instandstellung mehrerer Beteiligten

Wo mehrere Beteiligte (Werke, Private u.a.) gleichzeitig Grabarbeiten ausführen, sind die Werkeigentümer für die prozentuale Aufteilung zuständig.

5.2 Strasseninstandstellung < 250m²

5.2a Normalfälle

Instandstellungsarbeiten unter 250 m² werden nach den Ansätzen gemäss Richtlinie 11.12a verrechnet.

Die Ansätze können durch das Tiefbauamt angepasst werden, sofern die Instandstellungen nicht mehr kostendeckend durchgeführt werden können.

5.2b Spezialfälle

Für Plattenbeläge, Spezialpflästerungen, Spezialbeläge werden Ansätze vereinbart, oder es wird nach Aufwand abgerechnet.

5.3 Strasseninstandstellung > 250m²

Instandstellungsarbeiten über 250 m² werden nach Unternehmerpreisen (Jahresofferte) mit einem Endzuschlag für die Leistungen des Strasseninspektorates verrechnet.

Instandstellungssumme < CHF 100'000.- ⇒ 17% Endzuschlag

Instandstellungssumme > CHF 100'000.- ⇒ 11% Endzuschlag